

## Stellungnahme anlässlich des Anschlags in Ansbach am 24. Juli 2016

Die Junge Union Ansbach-Stadt, die Junge Union Ansbach-Land, die JUSOS Ansbach Stadt und Landkreis sowie die JULIS Ansbach/WUG/Fürth/Rothenburg erklären im Namen ihrer Mitglieder einvernehmlich zum Anschlag im Umfeld von Ansbach Open am 24. Juli 2016 Folgendes:

Wir sind zutiefst bestürzt über den tragischen Bombenanschlag vergangenen Sonntag an der Ansbacher Reitbahn. Diese Tat trifft die Stadtgesellschaft ins Herz. Allen Verletzten gelten unsere besten Genesungswünsche. Wir wünschen ihnen, den Zeugen sowie deren Angehörigen und Freunden die nötige Kraft, um die Folgen des Anschlags physisch und psychisch zu verarbeiten. Wir danken allen Helfern, den Rettungsdiensten, dem medizinischen Personal und der Polizei für ihre herausragende Arbeit.

Wir verurteilen parteiübergreifend jede Form des politischen und religiösen Extremismus. Wir sind überzeugt, dass die Vorgänge durch die Ermittlungsbehörden vollständig aufgeklärt werden. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, ist eine sachliche und zielgerichtete Diskussion möglich. Dann müssen wir – auch offen – diskutieren, ob und inwiefern Rechtsänderungen nötig sind.

Jedoch darf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgrund dieser tragischen Ereignisse nicht infrage stehen. Wir leben in Deutschland zu unser aller Glück in einer offenen und freien Gesellschaft. Deutschland bietet politisch Verfolgten Asyl und Flüchtlingen Schutz. Dieses Angebot unserer Gesellschaft ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Schutzsuchende müssen unsere Werte, unsere Freiheit und das friedliche Zusammenleben aktiv unterstützen. Sonst kann keine Integration gelingen.

Gleichzeitig fordern wir die konsequente Umsetzung der geltenden Rechtslage. Dies ist notwendig, um auch weiterhin die Unterstützung der Bevölkerung für dieses Vorgehen sicherzustellen. Wir appellieren an eine geschlossene Stadtgesellschaft. Sie muss für die Freiheit des Einzelnen und ein gemeinsames Zusammenleben eintreten. Nur so kann die Verunsicherung der Bevölkerung wirksam und begründet ausgeräumt werden.